

ÖVP-Wirtschaftsbund offen für Ministeranklage

Am Vortag des Bundeskongresses der Grünen schießt sich der Wirtschaftsbund auf die grüne Klimaschutzministerin Gewessler ein.

Von Michael Sprenger

Wien – Spätestens mit ihrer Entscheidung gegen den Bau des umstrittenen Lobautunnels wurde die grüne Klimaschutzministerin Leonore Gewessler zum Feindbild der Wiener SPÖ, der Wiener Wirtschaftskammer, der niederösterreichischen ÖVP und der FPÖ. Doch Gewessler lässt sich in ihrem Handeln nicht beirren.

Angeheizt wurde der Streit um das Aus für den Lobautunnel zuletzt durch ein von der Wiener Wirtschaftskammer in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten des Verfassungsjuristen Heinz Mayer. Laut Mayer ist in der Causa Lobautunnel eine Ministeranklage gegen die Klimaministerin möglich. Dann nämlich, wenn Gewessler eine Weisung an die Straßenbau-Finanzierungsgesellschaft Asfinag zur Einstellung des Baus erteilt habe. Eine solche Weisung sei aus Sicht Mayers nicht möglich.

Die FPÖ will im Nationalrat einen Antrag auf Ministeranklage einbringen. Nach Auskunft des Nationalratsklubs prüft dies derzeit auch die SPÖ.

An sich ist eine Abstimmung über eine Ministeranklage ähnlich unspektakulär wie ein Misstrauensantrag. Denn in beiden Fällen ist eine Mehrheit im Parlament notwendig. In einer intakten Regierung ist eine Mehrheit also auszuschließen.

Doch in der ÖVP gärt es. Vor allem im Wirtschaftsbund. Sollte es zu einem Antrag auf eine Ministeranklage kommen, dann überlegt der mächtige Wirtschaftsbund, diese zu unterstützen. „Die



Das verordnete Aus für den umstrittenen Lobautunnel durch die grüne Klimaschutzministerin Leonore Gewessler sorgt in den Reihen des Koalitionspartners ÖVP für Unmut.

Foto: APA/Expa/Eisenbauer

Grünen verlangen immer Aufklärung. Da wollen wir bei Ministerin Gewessler nicht im Weg stehen“, sagte Franz Hörl der *Tiroler Tageszeitung*. Für den ÖVP-Nationalratsabgeordneten und Obmann des Tiroler Wirtschaftsbundes macht eine „Ministeranklage ja nur den Weg frei, um ein mögliches Fehlverhalten überprüfen zu können. Das müsste doch im Sinne der Grünen sein.“

Nicht zuletzt das jüngste Verhalten von grünen Abgeordneten gegenüber ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner sorgt für eine Klimaverschlechterung in der Koalition. Im Zusammenhang mit der Finanz- und Steueraffäre im Vorarlberger Wirtschaftsbund, so sieht es auch

Hörl, versuchen die Grünen Brunner anzuputzen. Brunner war zwischen 2002 und



Foto: Felix

„Die Grünen verlangen immer Aufklärung. Da wollen wir bei Ministerin Gewessler nicht im Weg stehen.“

Franz Hörl
(Tiroler Wirtschaftsbund-Chef)

2006 Direktor des österreichischen Wirtschaftsbundes.

Hörl weiß wohl, was eine Mehrheit für eine Ministeran-

klage realpolitisch bedeuten würde – nämlich das Ende der Koalition von ÖVP und Grünen. So sehen es auch Heinz Mayer und Werner Zögmernitz, Leiter des Instituts für Parlamentarismus.

Ein Antrag auf Ministeranklage benötigt die Unterschrift von fünf Abgeordneten. Der Antrag wird dem zuständigen Ausschuss zugewiesen. Erhält er dort eine Mehrheit, kommt es zur Abstimmung im Nationalrat. Der Verfassungsgerichtshof hat dann zu prüfen, ob die Ministerin im Zusammenhang mit dem Baustopp in ihrer Amtsführung Gesetze verletzt hat. Im Falle einer Verurteilung hat das Erkenntnis des Höchstgerichts auf Verlust des Amtes zu lauten.